

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vormwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung
GeschäftstZeit 9-5 Uhr
Verleger: Vormwärts-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Ausführung der Gutachten.

Der Stand der gesetzgeberischen Arbeiten in Deutschland.

Die Beratungen der Reichsregierung mit den Ministerpräsidenten der Länder haben heute vormittag, 10 Uhr, begonnen. Sämtliche Ministerpräsidenten sind erschienen, darunter der bayerische und der sächsische Held, die Deutschnationalen Bazille-Württemberg und v. Brandenstein-Westfalen usw. Auch die Vertreter der Länder in Berlin nehmen an der Konferenz teil, in der zunächst Außenminister Stresemann und Reichsfinanzminister Luther Bericht über die Lage erstatteten. Nach einer Unterbrechung um 1 Uhr werden die Beratungen am Nachmittag weitergehen.

Lieber den Stand der gesetzgeberischen Vorarbeiten zur Ausführung des Sachverständigengutachtens

wird gegenüber Behauptungen und Beschuldigungen gewisser französischer Blätter offiziös bekanntgegeben, daß die Reichsregierung erst auf Grund der Arbeiten der von der Reparationskommission eingehenden Organisationskomitees die deutschen Gesetzentwürfe vollenden kann. Von deutscher Seite waren die schriftlichen Unterlagen für die Arbeiten der Organisationskomitees noch vor ihrem Zusammenritt fertiggestellt und übermittelt, was diese Komitees auch anerkannt haben. Das Komitee für die Goldnotenbank hält seine letzte Sitzung Ende dieser Woche in Berlin ab, so daß die Entwürfe für das Goldnotenbankgesetz, das Bankstatut, das Rentenbankgesetz und das Münzgesetz in der nächsten Woche fertiggestellt werden. Das Eisenbahnkomitee in Paris hat heute die zweite Sitzung beendet und tritt zur dritten Sitzung am 10. Juli in London zusammen. Diese Arbeit wird vier bis fünf Tage brauchen, so daß das Eisenbahnkomitee nicht vor dem 15. Juli mit dem Eisenbahngesetz fertig sein wird.

Wenn das Industriebankengesetz vollendet wird, ist noch nicht abzusehen; infolge der Haltung des nun zurückgetretenen französischen Komiteemitgliedes Descamps ist es überhaupt noch nicht zu einer Einigung gekommen, man muß abwarten, wie sich der neue französische Vertreter Allig verhalten und wie die Ernennung eines französischen Mitgliedes wirken wird. Der Zeitpunkt der Vorlegung der Gesetze im Reichstag hängt also in erster Linie von den Organisationskomitees ab. Die Reichsregierung, die von Anfang an alles getan hat, um die Ausführung des Sachverständigengutachtens in jeder möglichen Weise zu beschleunigen, hat den dringenden Wunsch, daß die Komitees ihre Arbeit so schnell wie möglich zu Ende führen und wird wie bisher die Komitees zur Erreichung dieses Zieles mit allen verfügbaren Mitteln unterstützen.

Micum-Verträge zum 1. August gekündigt.

Düsseldorf, 3. Juli. (Z.) Geheimrat Rüdner hat heute morgen um 11 Uhr im Auftrage der Sechserkommission dem Präsidenten der Micum, Herrn Franzen, die Kündigung des kürzlich abgeschlossenen Abkommens überreicht, weil es trotz aller Anstrengungen nicht möglich ist, die Finanzierung für den Monat August auf dem einen oder anderen Wege zu erreichen. Das Kündigungsschreiben hat folgenden Wortlaut:

„Die Besprechungen mit der Regierung, die gleich nach Abschluß der Verhandlungen über die Verlängerung des Micum-Vertrages gepflogen worden sind, haben ergeben, daß die Regierung nicht in der Lage ist, dem Ruhrbergbau für den Monat August eine finanzielle Unterstützung zuzusichern. Es ist auch dem Ruhrbergbau unmöglich, die Kosten des Vertrages zu übernehmen. Wir sehen uns deshalb gezwungen, das Abkommen zum 31. Juli zu kündigen.“

Optimismus in London.

Auch die Anleiheausichten gebessert.

London, 3. Juli. (Z.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, in diplomatischen Kreisen sei die allgemeine Stimmung mit Bezug auf das erwartete Ergebnis der Londoner Konferenz ausgesprochen optimistisch. Von zahlreichen Leuten werde sogar angenommen, daß der Dawes-Plan in der ersten oder zweiten Woche im September bereits in Wirksamkeit

sein wird. Diese Ansicht gründe sich auf der Annahme, daß die Londoner Konferenz zu einer allgemeinen Vereinbarung zwischen den Alliierten und Deutschland vor dem 1. August führen werde und auf der weiteren Annahme, daß 4-6 Wochen genügen werden, um die neuen von General Dawes und seinen Kollegen vorbeschriebenen internationalen Organisationen zu schaffen. Bisher sei nicht nur in der City von London, sondern auch in der Wallstreet die Ansicht der Sachverständigen über die Ausichten der anfänglichen

Anleihe von 40 Millionen Pfund

die auf den auswärtigen Geldmärkten aufgebracht werden soll, geübt gewesen. Heute sei die allgemeine Auffassung in denselben Kreisen ausgesprochen günstiger. Zur Zeit als der Bericht des Dawes-Ausschusses veröffentlicht wurde, glaubte man, daß ein Retrotragnis von 7 1/2 bis 8 Proz. an Zinsen erforderlich sein würde, um die Anleihe auch nur einigermaßen anziehend zu machen, während augenblicklich ein Satz von 6 1/2 bis 7 Proz. von einigen sehr zuständigen Kreisen für ausreichend genügend erachtet werde. Einige der Gründe für dieses vermehrte Vertrauen seien finanzieller Art, insbesondere in den Vereinigten Staaten, aber die psychologischen Imponderabilien zählten vielleicht noch mehr, vor allem der neue Geist der Versöhnung und des Zusammenwirkens, den amerikanische Beobachter in ganz Westeuropa feststellen. Dem Berichterstatter zufolge werde nach gewissen im Dawes-Bericht selbst enthaltenen Hinweisen angenommen, daß der Hauptkommissar

für kontrollierte Entfälle ein Amerikaner sein werde. Seine Verantwortlichkeit würde sehr groß sein, da er tatsächlich so gut wie unbeschränkte Vollmacht in der Frage sowohl der Ausdehnung als auch Verschärfung des Charakters der Kontrolle über die deutsche Finanzpolitik und Verwaltung haben werde, bis er im Falle eines vorläufigen großen deutschen Verzuges vollkommene Haushaltskontrolle über das Reich übernimmt. Diese Möglichkeit liege jedoch so fern, daß sie im gegenwärtigen Zeitpunkt kaum erwogen zu werden brauche. Der Berichterstatter erzählt weiter, daß der zu erwartende Bericht des in Zusammenhang mit der deutschen Rentenbank ernannten Organisationsausschusses an der Reparationskonferenz wahrscheinlich eintreten wird nicht für Schaffung einer vollkommen neuen Einrichtung für diese Zwecke und die Unterdrückung der Reichsbank, sondern für

vollständige Neubildung der Reichsbank

und insbesondere ihrer Abteilung für Notenausgabe und auswärtige Wechsel in Übereinstimmung mit der vom Dawes-Bericht geforderten Verwaltung und mit den übrigen Bedingungen.

Vermutliches Schlußprotokoll der Londoner Konferenz.

Paris, 3. Juli. (Z.) Nach dem Bericht des Londoner Vertreters des „Echo de Paris“ werden auf der Londoner Konferenz folgende Punkte zur Diskussion gestellt und in Form eines Protokollens zur Annahme kommen:

- 1. Die Signatarmächte treten dem Sachverständigenbericht bei;
2. zu einem Zeitpunkt, der von der Konferenz festgelegt werden soll, müssen die Deutschen sämtliche zur Ausführung des Sachverständigenberichtes notwendigen Maßnahmen ergreifen haben;
3. es soll ein Datum zwei oder drei Wochen später festgelegt werden, zu dem die Verbündeten sämtliche wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen, die gegenwärtig in Deutschland angewandt werden, aufgehoben haben müssen;
4. die Verbündeten versprechen sich, keinerlei Sanktionen anzuwenden, es sei denn, daß Deutschland gegen die eingegangenen Verpflichtungen in grober Weise verstoße.

Paul Boncour erste Revanche.

Paris, 3. Juli. (Z.) In der Kammer ist ein Sonderauschuß gebildet worden, der dem Obersten Rat der nationalen Verteidigung Vorschläge zu unterbreiten hat und sich aus den Generalschefs der Armee und der Marine und den Direktoren und Abteilungsleitern der an der nationalen Verteidigung beteiligten Ministerien zusammensetzt. Die Kommission hat insbesondere die Aufgabe, die industrielle Mobilmachung und die Zusammenarbeit der einzelnen Dienststellen vorzubereiten, sowie die Beziehungen der nationalen Verteidigung zum Völkerverbund auf Grund des gegenseitigen Unterstützungspaltes festzulegen. Durch Regierungsdekret ist der sozialistische Abg. Paul Boncour zum Vorsitzenden dieser Kommission ernannt worden.

Diese Ernennung wird als eine Antwort auf die Wahl Maginots zum Vorsitzenden des Herrenschaftsausschusses angesehen.

Robert de Jouvenel gestorben.

Paris, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im Alter von nur 41 Jahren ist in der Nacht zum Mittwoch der Chefredakteur des linksstehenden „Deux“, Robert de Jouvenel, gestorben. Die französische Demokratie verliert in ihm einen ihrer aufrichtigsten und mutigsten Vorkämpfer, der französische Journalismus einen seiner besten und feinsten Köpfe. Die Leiharbeiter, in denen Robert de Jouvenel täglich den Kampf gegen die Reaktion und die Gewaltpolitik des nationalen Blocks geführt hat, waren jedesmal ein kleines Meisterwerk des Stils und der Dialektik. Robert de Jouvenel war ein Bruder des ehemaligen Chefredakteurs des „Matin“ und Unterrichtsministers im letzten Kabinett Poincarés, des Senats Henri de Jouvenel. — Robert de Jouvenel erregte vor längerem Jahren Sensation mit einer politischen Satire „Die Republik der Kameraden“ und verfasste vor kurzem einen feinen satirisch-politischen Bericht „Ein Handbuch der Journalisten in 20 Kapiteln“. Robert de Jouvenel war in seiner politischen Einstellung Sozial-Radikaler und trat für eine Besserung der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland ein.

Die preussischen Differenzen.

Bestern hat eine Besprechung der Koalitionsparteien in Preußen stattgefunden, um über die Haltung des Zentrums gegenüber der Frage der Erhöhung der Hauszinssteuer zur Deckung der Beamtenbesoldungserhöhung Klarheit zu schaffen. Die Vertreter des Zentrums konnten noch immer nicht über ihre Stellungnahme im Ständigen Ausschuh hinwegkommen. Morgen wird sich die Gesamtfraktion des Zentrums entscheiden müssen. Verharrt das Zentrum unnachgiebig auf seinem bisherigen Standpunkt, dann können nach der Erklärung des Finanzministers am 1. August Gehaltserhöhungen der Beamten nicht gezahlt werden. Der Finanzminister läßt dann in eine unmögliche Situation und mühte daraus die Konsequenzen ziehen. Ob die Deutsche Volkspartei für den gehenden Finanzminister einen Ersatzmann stellen würde, ist mehr als fraglich.

Vermutlich wird das Zentrum, das ja immer eine starke parlamentarische Elastizität gezeigt hat, in der entscheidenden Abstimmung seinen linken Flügel und noch einen weiteren Teil seiner Fraktion für die Staatsnotwendigkeiten stimmen lassen, wie das schon öfter der Fall war.

Faschistische Fremdherrschaft.

Regierung und Opposition.

Rom, Ende Juni.

Als die ersten Erhebungen über die Organisation der Ermordung Matteottis den Beweis erbrachten, daß die Auftraggeber der Mörder zu den höchsten Würdenträgern der faschistischen Partei gehörten und einflussreiche Stellungen in der Regierung inne hatten, empfand es die öffentliche Meinung des ganzen Landes, daß die Regierung zurücktreten müsse. Die Forderung trat allen als etwas Selbstverständliches ins Bewußtsein, sie schien keiner weiteren Begründung zu bedürfen, außer der, die sich aus der Ueberfülle der am Tage liegenden Tatsachen ergab. Die höchsten Vertrauensmänner der herrschenden Partei waren der Organisation des Mordes verdächtigt, der Generaldirektor der Polizei, der Unterstaatssekretär des Innern von der öffentlichen Meinung der Mitschuld bezichtigt. Wie konnte eine Partei am Ruder bleiben, deren moralisches Prestige so schwer erschüttert war?

Ganz anders sah die Regierung selbst die Sache an. Sie hat in der heutigen Situation nichts anderes zu erkennen geglaubt, als einen Anschlag der Opposition auf die Machtstellung des Faschismus. Und deshalb fragt sie sich: wo hat die Opposition die Mittel, uns zu stürzen? Sie begreift gar nicht, daß sich das ganze Land fragt: wo hat die Regierung die moralische Macht, im Amt zu bleiben? Der ganze heutige Kampf zwischen Opposition und Regierung spielt sich auf einem so ungleichen Niveau ab, daß die Waffen des einen den anderen nicht erreichen.

In der Tat, die Regierung zählt ihre Kammermehrheit, die natürlich heute genau dieselbe ist wie vor der Ermordung Matteottis, sie läßt sich vom Senat mit 225 gegen 21 Stimmen das Vertrauen aussprechen, sie ruft ihre Schwarzgehenden zu Haus und fragt sich: wo sind wir schwächer als gestern? Warum sollten wir gehen? Warum sollten wir von den dem Lande verheißenen 30 Jahren faschistischen Regimes auch nur eine Minute ablassen?

Es fehlt eben Mussolini jede Möglichkeit, die Dinge einzuschärfen, die sich nicht wagen und zählen lassen; sie sind ihm vollständig fremd. Und so sieht er als eine besondere linke Niedertracht der Opposition an, daß sie nicht mehr, klein geschneit wie Zahnstocher, ihm gegenübersteht, sondern eine moralische Einheitsfront gegen das Kabinett gebildet hat, die von den Konstitutionellen und Meritokraten zu den Republikanern und Maximalisten reicht. Wie geht es zu — fragt er sich —, daß diese Parteien einander heute näher stehen als vor dem Verbrechen an Matteotti? Das alles ist für ihn eine abgekartete Geschichte, um das Ministerium zu stürzen, und er weiß kein anderes Mittel der Abwehr als ein freghaltes Abwechseln zwischen der Rolle des Erpressers und der des Opfers, mit dessen Kinderreife die Verruchtheit falscher Freunde und echter Feinde ihr freies Spiel treiben.

Die Erpresserrolle liegt ihm mehr. Er und seine Blätter machen heute den großzügigsten Erpressungsversuch, den man sich überhaupt vorstellen kann: einen kombinierten Angriff auf zwei Fronten. Auf der einen Seite sagen sie: außer Mussolini kann keiner das Land retten, ihr fallt in das Chaos zurück, wie vor dem Marsch auf Rom, d. h. er droht mit dem Gespenst des Bolschewismus, das schon zur Zeit des berühmten Marsches keinen rechtshaffenen Gespensterdienst mehr leisten konnte. Bei einem Teil der Bourgeoisie, besonders im Senat, zieht so etwas immer: sogar in bezug auf die Verwendbarkeit abgelegter Gespenster ist man da konservativ. Aber daneben kommt die andere, kräftigere, aktuellere Erpressung, bei der man sofort sieht „wo und wie“. Wir gehen nicht ohne uns zu wehren. Wir können die Hingabe der Schwarzgehenden nicht zugeben, die danach lechzen, ihr Blut für den Heerführer zu vergießen. Niemand kann ermessen, was geschehen würde, wenn der Faschismus seine — natürlich rein moralischen — Errungen-schaften bedroht sähe. Selbst der Heerführer könnte es nicht verhindern, daß der Geist der Oktoberrevolution gigantisch das Unvermeidliche herbeiführt usw. Wer also nicht duckt, der stört den sozialen Frieden, und sei es auch nur dadurch, daß er die überschäumenden Scharen dazu treibt, eine zweite „Dummheit“ nach Art der Ermordung Matteottis zu begehen. Der Abgeordnete Farinacci, jener Biedermann, der seinerzeit den Krieg als „unabkömmlich“ verpaßt hat, sich aber dafür im Bürgerkrieg ganz unabkömmlich fühlt, schreibt in seinem edlen Blatte, der „Cremona Nuova“: „Wir wollen den Frieden, ja, aber nur unter völliger Anerkennung der Rechte der Sieger über die Besiegten.“ Derselbe Farinacci ist von Dumini als Verteidiger gewählt worden. Angenommen hat er nicht, da ihm die Fähigkeit, mit seiner Persönlichkeit für irgend etwas, und sei es nur seine eigene Schuftigkeit, einzustehen, flugerweise abgeht.

Aber neben dem drohenden haben wir auch einen klagenden Mussolini: den Mann des getäuschten Vertrauens, der „mit einem trüben, einem heiteren Auge“ einen seiner Freunde nach dem anderen „über Bord wirft, den Mann der hehren Gerechtigkeit, der dem Lande alles zu opfern bereit ist, seine besten Freunde, seine heiligsten Prinzipien, das Leben seiner Schwarzgehenden, die Grundpfeiler der Konstitution, alles, alles, nur nicht seine Ministerstellung. Man nennt das heute in Italien „das monnhaftere Betreten der vom Faschismus geschaffenen Situation“. Hinter diesem „mannhaften Betreten“ stehen soundso viele Bajonette, Dolche, Knüppel, steht ein ungeheurer, unübersehbarer Drahtverhau finanzieller

Interessen, steht die ganze zahllose Klientel, die der Faschismus seit dem Oktober 1922 in dem Augustastall abgeladen hat, dessen Ausmistung einer seiner Programmpunkte gewesen war.

Auf der anderen Seite steht die Opposition. Von ihr haben sich, konsequenterweise, die Kommunisten getrennt, denen der Sinn der heutigen moralischen Einheitsfront ebenföwenig aufgegangen ist wie den Faschisten. Für sie gibt es keine staatlichen Werte zu retten, für sie verlohnt es nicht, sich für die elementaren Rechte der Demokratie zu schlagen, wie die Faschisten sind sie eine antidemokratische Partei, der außerdem die Moskauer Internationale jeden Kontakt mit „bürgerlichen Parteien“ verbietet.

Die Opposition ist keine zahlenmäßige Macht; da haben wir die Leute, die der Edelmut des Faschismus am Leben gelassen hat, was er ihnen recht oft vorredet, ohne sich bis jetzt das Recht abzuspüren, das Gnadengeschenk jederzeit zu widerrufen. In Erwartung dieses Widerrufs sind aber die Männer der Opposition noch da, und sie haben sich auch nachgerade an das Damoklesschwert gewöhnt, das über ihnen schwebt. Da sind 65 Klerikale, 23 Abgeordnete der bürgerlichen Opposition, sowohl der konservativen als der radikalen, 17 Republikaner, 25 Einheitssozialisten (Matteotti war der 26.) und 22 Maximalisten. Parteien mit verschiedenen Programmen, mit verschiedenem politischen Endziel und verschiedenen Idealen, die aber heute einen gemeinsamen Boden gefunden in der Vertretung des Grundprinzips, auf dem der sittliche Begriff des Kulturstaates beruht, dem Grundprinzip der Gleichheit aller vor dem Gesetz. Hinter den Männern der Opposition steht keine Parteimiliz, nicht eine Wand verkaufter Reitungen, nicht das Blöken einer betrogenen und betrunkenen Menge. Nichts steht hinter ihnen, was für die Faschisten Wesenheit hätte: hinter ihnen steht eine Idee, eine sittliche Forderung, hinter ihnen steht der Geist eines Volkes, dessen Denker der Kulturwelt die ersten Rechtsbegriffe errangen, und der Geist dieses Volkes fordert heute durch sie Rechenschaft für geistige Güter, die ruchlose Hände angetastet haben.

Und die kleine kümmerliche Opposition, die Leute, die nur durch das Brot der faschistischen Gnade überhaupt noch leben: sie stehen heute auf und fordern. Sie fordern die Rückkehr zur Geseßlichkeit und, als ihre Vorbedingung und Gewähr, die Abschaffung der faschistischen Miliz. „Wer die Miliz anrührt, wird Blei vorfinden“, hat Mussolini unlängst gesagt. Die Opposition rührt sie an und wartet auf das Blei. Ja, sagt man, mit welchen Nachmitteln denkt denn die Opposition die Regierung zu zwingen? Die Opposition hat keine materiellen Nachmittel; sie bleibt den Kammerfugungen fern, solange die angeführten Rechtsgarantien nicht verwirklicht sind und ihre Verwirklichung Italien wieder in die Reihe der Kulturnationen eingegliedert hat. Die Opposition, von den Klerikalen zu den Sozialisten, tritt für ihres Landes Ehre ein, wie sie sie versteht. Wird ihr dafür mit Blei geantwortet, so wird sie tun und erdulden, was die Stunde fordert. Stunden großer geschichtlicher Verantwortlichkeit reden die Menschen über sich selbst hinaus. Und es war eine Zentnerlast der Verantwortung, unter der die Opposition in diesen Tagen beraten und heute beschlossen hat.

Was wird aus diesem Beschluß folgen? Mussolini hat im Senat erklärt, daß er auf die Miliz nicht verzichten werde. Er sei bereit, mehrere neue Minister zu nehmen, aber „der leitende Gedanke meiner Regierungspolitik bleibt unverändert“. Seine treuesten Blätter haben schon im voraus verkündigt, daß, falls die Opposition der Kammer fernbliebe, ein „zweiter Vorstoß“ des Faschismus unvermeidlich sei. Er selbst hat im Senat von einer „Zuspitzung der Lage“ gesprochen, die Nichtwidergutmachendes unvermeidlich nach sich ziehen“ würde. Wir müssen nun dieses Unvermeidliche abwarten.

Auf keinen Fall darf man die Haltung der vereinigten Opposition so deuten, als hätte sie die vom Ministerium gebotene Hand des Friedens abgelehnt. Der Opposition, der öffentlichen Meinung sind bis jetzt keine Zugeständnisse gemacht worden. Es kann sein, daß der Faschismus die Preisgabe der Mörder Matteottis als solches empfindet, denn er rühmt sich

beständig, daß er dem Recht freie Bahn lasse. Die Situation — noch mehr als die Opposition — verlangt aber von der Regierung mehr: sie verlangt das Ende eines Systems, in dem Verbrechen wie das letzte, jahrelang möglich waren. Und dieses System gründet sich auf die Scheidung der Bürger in Vollbürger oder Faschisten auf der einen, in Halbbürger oder Oppositionelle auf der andern Seite. Der materielle Ausdruck, der Rückhalt und die Gewähr dieses Systems ist die faschistische Miliz. Fühlt sich Mussolini als Italiener unter Italienern, so entlasse er diese seine Besatzungstruppen; fühlt er sich als Eroberer in Feindesland, so behalte er sie als unerläßliche Vorbedingung seiner Herrschaft. In diesem Falle möge er nicht vergessen, daß das italienische Volk im Laufe vieler Jahrhunderte mit Fremdherrschaften fertig geworden ist, die doch etwas tiefere Wurzeln und etwas stärkeren Stamm hatten, als der Faschismus.

Deutschnationaler Arbeitstag.

Begeisterung für den Achtstundentag.

Der deutschnationale Schriftenvertrieb, Berlin, Bernburger Straße, hat soeben ein Flugblatt über das Sachverständigen-gutachten herausgegeben, das besonders an die Arbeiterschaft gerichtet ist. Das Flugblatt wird per Post als Drucksache den Arbeitern ins Haus geschickt, man läßt sich die Sache also etwas kosten. Die Firmen werden in einem Rundschreiben erlucht, die Adressen ihrer Arbeiter der deutschnationalen Geschäftsstelle zu übermitteln.

Das Flugblatt könnte im großen Ganzen ebenso gut von der A.D.-Zentrale ausgehen wie von der deutschnationalen Parteileitung. Vollständige Verkündung und Entmündigung der deutschen Wirtschaft wird als Folge der Annahme angekündigt. Auch das alte Märchen von den 40 Proz. Eisenbahnen, die abgebaut werden sollen, wird neu aufgewärmt. „Die deutsche Arbeiterschaft aber wird hoffentlich der Sozialdemokratie für ihr arbeiterverräterisches Verhalten die richtige Antwort geben.“ Man sieht, schöner können es die Kommunisten auch nicht.

Besonders gut macht es sich, daß das deutschnationale Flugblatt als Folge der Annahme besonders auch folgendes androht:

Beseitigung des Achtstundentags auch im Prinzip. Verlängerung der Arbeitszeit unter der Kontrolle der Entente.

Während die deutschnationale Presse schreibt, die Entente wolle auf dem Weg über das Internationale Arbeitsamt Deutschland den Achtstundentag aufzwingen und diesen angeblichen Eingriff in die Souveränitätsrechte des nationalen Ausbeutertums bekämpft, verkündet ein deutschnationales Flugblatt (an die Arbeiter), die Entente wolle die Arbeitszeit in Deutschland kontrollieren, um sie zu verlängern! Die wahren Deutschnationalen stellen sich aber schärfend vor den Achtstundentag, sie haben ihn ja immer ach so sehr geliebt! Und die der deutschnationalen Partei nahestehenden Firmen liefern das Adressenmaterial für diesen deutschnationalen Feldzug zur Verteidigung des Achtstundentages!

Die Arbeiter können aus diesem Flugblatt wenigstens eines genau erfahren, nämlich wie hoch ihre Intelligenz von ihren Klassengegnern eingeschätzt wird. Selbst so was mutet man ihnen zu — zu glauben!

„Reden an die deutsche Nation.“

Von Fichte zu Ludendorff.

Als vor hundert Jahren die ersten Ansätze freiheitlicher bürgerlicher Kultur und bürgerlichen Willens in Deutschland spürbar wurden, unter den Auswirkungen der großen französischen Revolution, hatte Deutschland seinen Fichte. Seine Reden an die deutsche Nation entzündeten das Land zum Willen zur Freiheit. Heute haben wir unsere nationalsozialistischen und deutschvölkischen Wördpropheten, heute haben wir als Prediger an die deutsche Nation auf „Deutschen Tagen“ den Erich Ludendorff. Was Geisteskind dieser Mann ist, zeigen seine Sonntagspredigten. In Siegen, auf dem Deutschen Tage erklärt er:

Und noch am gleichen Tage schrieb ich meiner Braut einen Brief und teilte ihr mit, daß aus der geplanten Ehe nichts werden könne. „Warum?“ — fragte in einem verzweifelten Brief meine Braut. „Warum?“ — antwortete ich ihr. — „Weil ich untrüglige Beweise habe, daß Sie gefällig, neidisch, ungebärdig, falsch, scheinheilig und treulos sind.“

Später verheiratete ich mich mit der tugendhaften und mit allen Vorzügen ausgestatteten Freundin meiner Braut.

Was gibt es noch zu berichten? Ich mußte mich scheiden lassen, denn meine Frau gab mein ganzes Geld für Kleider aus, lag immer, machte mich mit ihrer Hysterie halb wahnsinnig und betrog mich in der kürzesten Zeit sehr häufig und auffallend.

Jetzt gehe ich wieder auf Freiersfüßen. Wen ich heirate? Selbstverständlich meine erste Braut. Ist sie doch nach dem Urteil des Graphologen: „Gefällig, neidisch und so weiter...“ Und ich habe daher die berechtigzte Hoffnung, glücklich zu werden...

„Die Freundin seiner Exzellenz.“ Alexander Engel, der Verfasser, nennt sein Stück mit starker Liebertreibung: ein Lustspiel. In Wirklichkeit ist es ein auf drei Akte gedehnter Einfall — und ein harmloser Einfall. Die auf der Männerjagd für ihre Nichte befindliche Lante quartiert sich in den Zimmern ein, die das Hotel für die Freundinnen des Ministers bereitgehalten pflegt. So hält man die „bürgerliche“ Jungfrau für die Geliebte des Ministers. Dieser erst erkennt die Jungfräulein der Dame und heiratet sie: Die Zimmer heißen: „Apartemenis“, der Minister ist ein überheblicher Trottel — Engel wollte einen „Lebemann“ gestalten — und „Aphorismen“ jener Art, wie sie der Verfasser oft im „Wiener Journal“ von sich gibt, sind mitten in die Dialoge eingestreut, wie Glasperlen in einem Johrmaktsbudenkollier. Wie der kleine Moriz Alexander Engel sich die „gute Gesellschaft“ vorstellt, ist sie nicht einmal vor der Revolution gewesen. Es ist das Stück eines humorlosen Kleinbürgers. Die Sommerdresdener „Kammerspiele“, dem Autor in der Weltanschauung verwandt, brachte es in der letzten Aufmachung heraus, für die Regisseur Fichelscher verantwortlich wäre — wenn es hier eine Verantwortung gäbe. Aber im Sommer ist sie aufgehoben.

Das Renaissance-Theater gehört zu den wenigen Berliner Bühnen, die auch im Sommer literarisches Niveau zu halten bestrebt sind. Es führte gestern Strindbergs „Gläubiger“ und Anton Tschekows „Heiratsantrag“ auf. Strindbergs düstere Tragikomödie ist mehr dialektisierte philosophische Abhandlung über den Kampf um die Macht zwischen Mann und Weib als Bühnenstück. Dramatische Bewegung entsteht erst in der Schlusskatastrophe, als der geistig stärkere, physisch schwächere Gott zusammenbricht, mählos gequält von seiner in Eitelkeit und Selbstsucht erstarrten Frau und zermürbt durch die kalt-berechneten Einflüsterungen seines vermeintlichen Freundes, der sich als ihr erster Mann entpuppt. Diesen Freund spielte Heinz Hilpert in einer Auffassung, als die Gestalt nicht Strindberg, sondern etwa Paul Rothmann geschaffen hätte. Er stellte einen inquirierenden Staatsanwalt oder Detektiv mir schneiden.

„In Köln sind es Herr Adenauer und der Jude Louis Hagen, denen der Reichskanzler Marx nicht fernsteht, die die Schaffung der Weidischen Republik betreiben. Mögen die Pläne zurzeit vorübergehend scheinbar zurückgestellt sein, so bestehen sie doch noch in vollster Gefahr, denn das Streben der

Zentrumspolitik, Preußen zu Schwächen und Deutschland eine andere Gestalt zu geben.

stammt nicht erst von heute, sondern schon aus der Zeit von 1866 und 1870/71. Wer an den Absichten des Zentrums zweifelt, dem empfehle ich z. B. die Schriften zu lesen, die der Bonifatius-Verein in Paderborn herausgibt. Sie müssen zudem jeden protestantischen Preußen aufs tiefste verletzen. Treten Sie entschieden für die Geseßlichkeit des Deutschen Reiches und Erhaltung Preußens ein und machen Sie damit die Bestrebungen von im Dunkeln arbeitenden Mächten zunichte; sie sind unvereinbar mit dem Wiederaufstieg eines starken Deutschlands. Nicht eher wird das Rheinland vom

Separatistengefährdet und seinem Anhang, der selbst zu dem engsten Familienkreis des Reichskanzlers Beziehungen

hat, befreit.“

Bald darauf spricht er zur Sonnenwendfeier auf dem alt-deutschen Julo-Berg bei Stettin:

„Auf unsere Heimat zurückzuwandern, werden wir heute von allen Seiten bedrängt, gleich als ob die Zeitzeit

der Endkampf minderwertiger Rassen gegen den Bestand der Edelrassen der Welt

wäre, sie nun endgültig unterjocht und nur noch ein Hefolendasein führen darf... Wir müssen Klarheit darüber gewinnen, daß wir viel zu wenig zur Reinhaltung unseres Blutes — während — getan haben, daß wir die Rassenfrage, die Schädigung getan haben, daß wir die Rassenfrage, die Schädigung unseres Blutes durch fremdrassiges Blut, namentlich durch die asiatische Bedeutung eingeschätzt hatten. Wird dafür nicht höchstes Verantwortlichkeitsgefühl gewekt, und das sage ich gerade besitzenden Klassen, so werden wir verkommen, aber nicht unser Ziel erreichen...“

Dunkle Mächte arbeiten heute daran, dieses Preußen zu zerschlagen und uns die Erinnerung an unsere ruhmreiche Vergangenheit aus Kopf und Blut zu vertreiben.

Preußens Emporkommen mit der vorwiegend protestantischen Bevölkerung wird von ultramontanen Blättern so hingestellt, als ob das ein Unglück gewesen sei.

Auch vom Protestantismus hoffe ich, daß die Wende eintritt. Ich sehe auf dem Standpunkt der Gleichberechtigung der beiden christlichen Konfessionen, erwarte aber vom Protestantismus, daß er seinen Besitzstand wahr und wie kürzlich im Bensberger Schloß einen Uebergang von protestantischem Besitz in Jesuitenhande zuläßt.“

Weltenwende verkündet gewichtig Erich Ludendorff und ist doch nur ein ganz gewöhnlicher und erbärmlicher Verleumder. Es wird Zeit, daß die Republikaner diesem Herrn etwas mehr auf die Finger setzen und seine Verleumdungen nicht mehr ruhig und unwiderrprochen hingehen lassen. Aus der Drachensaat dieser hegerischen und verlogenen Reden erwächst der Bürgerkrieg. Will man ihn vermeiden, dann muß solch traurigen Gefellen das Handwerk rechtzeitig gelegt werden.

Malow betrachtet sich als bereits amnestiert. Der Abg. Malow wurde gestern von der Kommission angehört, die sich mit der Amnestie beschäftigt. Malow erklärte, daß er die Amnestie ablehnen werde, weil er durch seine Wahl zum Abgeordneten bereits benachteiligt sei. Er sehe die Souveränität des Volkes über die Souveränität des Obersten Gerichtshofs.

Die Vorbereitungen zur amerikanischen Präsidentschaftswahl. Entgegen früheren Meldungen steht der demokratische Kandidat noch nicht fest, da Mac Adoo noch nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit erlangt hat. Im 42. Wahlgang erhielt er 503 Stimmen, Smith 318 und Davis 87. — Andererseits heißt es, daß La Follette endgültig entschlossen sei, die Nominierung durch die neue unabhängige Partei anzunehmen.

Graphologie.

Von Maria Szucsich.

Seitdem die Graphologie entdeckt wurde, habe ich keine ruhige Minute. Ich bin im Zweifel über meine Mutter, über meinen Vater, über meine Freunde, über meine Dienstboten, über meinen Hausmeister... über alle. Ich wollte heiraten, und meine Braut verlangte von mir mein graphologisches Befähigungszeugnis; denn sie wollte nicht meine Frau werden, ehe sie in den Besitz einer glaubwürdigen Information über meine Person gelangt war. Ich erbat mir deshalb von einem Freund, der allgemein als ehrlicher, ehrgeiziger, nebenbei erotisch, aber trotzdem treuer Mann bekannt ist, die Handschrift und begab mich mit dieser zu einem berühmten Graphologen.

„Warum Sie!“ sprach zu mir der Graphologe, und ich stellte mich ans Fenster, um zu warten. Damit mir die Zeit nicht lang wurde, schaute ich zum Fenster hinaus, und wen sehe ich da die Straße entlang kommen? Meine Braut! Sie suchte das Schild des Graphologen, und als sie es gefunden hatte, bog sie ins Haus ein. Ich sprang — zum Erstaunen des Graphologen — rasch in einen Schrank. Meine Braut trat ein und sprach zum Graphologen:

„Bitte, analysieren Sie meine Schrift! Ich will mich verheiraten, und es ist möglich, daß mein Bräutigam mein graphologisches Befähigungszeugnis verlangen wird.“

„Kommen Sie in einer Stunde zurück!“ — antwortete der Graphologe, und meine Braut entfernte sich.

Ich aber kroch aus dem Schrank und sprach zum Graphologen:

„Darf ich die Handschrift sehen?“

Der Graphologe reichte sie mir, und ich stellte fest, daß auch meine Braut nicht die eigene Handschrift gebracht hatte.

Der Graphologe analysierte nun jene Schrift, die ich ihm als die meine überreicht hatte. Das Charakterporträt meines allgemein als redlich und tugendhaft bekannten Freundes lautete: „Christ, treulos, verlogen.“ — Ich war etwas erstaunt, sprach aber zu dem weifen Manne:

„Bitte, analysieren Sie sofort diese Schrift, die jene Dame brachte, welche sich eben entfernt hat!“

Der Graphologe war rasch mit dem Urteil fertig, das folgenden Wortlaut hatte: „Eine aufopferungsvolle, treue, tugendhafte, schlichte, reine Seele.“

„Bitte, analysieren Sie jetzt diese Schrift!“ — und ich zog aus der Tasche einen an mich gerichteten Brief meiner Braut.

Die graphologische Erklärung lautete: „Gefällig, neidisch, ungebärdig, falsch, scheinheilig, treulos.“

„So?“ — fragte ich den Graphologen etwas entgeistert und rannte fort.

der Stimme und dem stehenden und lauernden Blick eines modernen Mephisto dar. Die Auffassung ist originell, aber nicht lobenswert. Dagegen gelang es Erwin Kasser, die heftige Zerbrochenheit eines Menschen zu malen, dem die Liebe zum machtgierigen Weib schicksalhaft wird. Er erschütterte. In Maria G's hat die Bühne ein starkes dramatisches Talent gewonnen. Ihre Itheka war schicksalhafte Dämonie.

Tschekows vor 25 Jahren in Berlin zuerst gezeigter dramatischer Scherz „Ein Heiratsantrag“ erlosch mit seiner prächtigen Zeichnung reicherer Menschen aus dem dumpfen Druud, der nach Strindbergs Komödie auf den Zuschauern lastete. Erwin Kasser ließ sich nicht wie sein Partner Hilpert dazu verleiten, durch Uebertreibungen Effekte zu heischen. Die willkürlichen Änderungen am Originaltext, die er vorgenommen hatte, waren vom Liebel. Wenn auch die Bühnenverhältnisse des Renaissance-Theaters Einschränkungen auferlegen, so muß doch dem Regisseur Theodor Tagger aus Herz gelegt werden, das Maß der Dürftigkeit seiner Ausstattung etwas herunterzuschrauben.

Ein Heuschreckenzug von 250 Kilometer Länge. Tausende von Heuschreckenschwärmen sind in der Kalahari, der südafrikanischen Sandwüste zwischen dem Orange- und Zambesifluß, versammelt und bereit, in das südafrikanische Adergebiet einzudringen. Ein einziger dieser Schwärme mißt rund 250 Kilometer in der Länge und ist in raschem Vorwärtren in Richtung Johannesburg begriffen. Ein dort angekommenen Reisender erzählte: „Ich bin zwei Tage und zwei Nächte gereist und habe während dieser Zeit nichts weiter als Heuschrecken gesehen.“ Die Ernteaussichten in Südafrika sind ohnehin schlechter als je zuvor. Die 300 000 Pfund Sterling, die die Regierung zur Bekämpfung der Heuschreckenplage ausgegeben hat, sind völlig nutzlos veroran. Gelegentlich der Maßnahmen der Polizei kam es zu einem ungewöhnlichen Zwischenfall. Die Polizisten, die den Aufbruch hatten, in der Nähe von Krügersdorp die im Vormarsch befindlichen Heuschreckenschwärme zu vernichten, hatten bei der Jagd eine Heuschrecke gefangen, an deren Körper ein kleines Südafrikanisches Papier befestigt war, und auf de mbie Worte verzeichnet waren: „Kolonisten, tut euer Bestes.“ Erdkundigungen, die in dem Ort eingezogen wurden, bildeten die Grundlage für die Berechnung, daß das die befürchtete Mitteilung überbringende Insekt einschließlich der Ruhepausen nur 24 Stunden gebraucht hatte, um den Zug über eine 350 Kilometer lange Strecke auszuführen.

Ein Zoller-Verbot in der Tschekowafel. Die Deutsche dramatische Gesellschaft in O l m sch plante eine Aufführung von Tschekow's „Wasse Menis“. Die Polizei als Inhaberbehörde hat die Aufführung verboten mit der Begründung, daß der Inhalt des Wertes gegen die Geseze und die religiösen Anschauungen verstoße.

Die diesjährigen Festspiele der Schu'e Hellerow für Kolumbus. Musik und Körperbildung mußten aus den Herbst verschoben werden, da gegen den großen Festkalender der Polizeibehörde feuergefährliche Bedenken geltend gemacht wurden.

Eine wiederentdeckte russische Kunstsammlung. Die seit 7 Jahren in einem geheimen Keller in Moskau verwahrt liegende Kunstsammlung von M. Wassiljowski, die aus Bildern der besten russischen Maler und kostbaren antiken Kunstgegenständen besteht, ist wieder aufgefunden worden und in das kaiserliche Museum gebracht worden.

Der Tendenzprozess in Thüringen.

Minister Hermann unter Auflage.

Weimar, 3. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem Schöffengericht in Weimar begann am Donnerstag vormittag der Prozess gegen den früheren thüringischen Innenminister, Genossen Hermann, und die Kreisdirektoren Rennert, Weinigen, Hirschelmann, Eisenach, Koch, Gotha und Faulian, Roda, sowie gegen den Regierungsdirektor Künze. Die Anklage, die

Falschmeldung und Urkundensäufung

annimmt, stammt aus der Zeit des Einmarsches der Reichswehr in Thüringen. Bekanntlich führte der Rechtsblock damals gegen die sozialistische Regierung eine wüste Hege, die das Einschreiten des Heeresamts zur Folge hatte, der dann die Verhaftung des damaligen sozialdemokratischen Innenministers anordnete. Minister Hermann wurde tatsächlich längere Zeit wegen angeblicher Verdunkelungsgefahr in Haft gehalten. Die Angeklagten werden beschuldigt, Daten in verschiedenen Personalakten geändert und zurückdatiert zu haben mit der Absicht, daß die damals neu angestellten Beamten nicht unter die von der Reichsregierung angeordnete Anstellungssperre fallen sollten. Nach Eintritt in die Verhandlung beantragte Rechtsanwalt Rosenfeld-Berlin die Ladung des preussischen Innenministers Severing und des preussischen Landwirtschaftsministers Dr. Wendorf, damit diese ein Gutachten über die Anstellung von Beamten abgeben. Das preussische Ministerium steht auf dem Standpunkt, daß die Anstellung von Beamten von dem Tage an gilt, an dem ein Beschluß über die Anstellung gefaßt worden ist, nicht aber erst dann, wenn dem Beamten die Anstellungsurkunde überreicht worden ist. R. A. Rosenfeld bedauerte, daß der zur Abgabe des Gutachtens geladene Ministerialdirektor Fall vom Reichsministerium des Innern in Folge

Einpruch des Reichsinnenministers Jarres

nicht gehört werden könne. Er müsse annehmen, daß das Gutachten dieses Beamten für die Angeklagten günstig gelautet hätte. Nach Eröffnung der Beweisaufnahme legte der ehemalige Innenminister Hermann die Grundzüge der früheren thüringischen Regierung in Anstellungsfragen dar. Er bezweifelte die ihm zur Last gelegten Anschuldigungen als Lappalien und führte aus, daß die frühere thüringische Regierung eine Regierung des Kampfes um die Demokratie gewesen sei, die die Aufgabe hatte, das Land Thüringen aufzubauen, und nicht Zeit hatte, sich um Lappalien kümmern zu können.

Er ist nicht der Schurke.

Wer ist dann der Schurke?

Die Korrespondenz Sochaczewski berichtet:

Der „Vorwärts“ wirt in seiner heutigen Morgenausgabe die Frage auf, ob der im Vorstand der Vereinten Vaterländischen Verbände Deutschlands sitzende Kommandeur der Deutschen Truppen in Finnland und im Baltikum, General Graf v. d. Goltz, mit jener „Egellenz von der Goltz“ identisch sei, die nach den neuesten Enthüllungen über den „Lufthahrendant“ im Jahre 1916 32000 M. „Lantien“ bezogen habe. Hierzu übersenden uns die Vereinten Vaterländischen Verbände Deutschlands eine Erklärung, in der sie feststellen, daß ihr zurzeit auf Reisen befindliches Präsidiumsmitglied General Graf v. d. Goltz mit jener im Zusammenhang mit dem „Lufthahrendant“ genannten Persönlichkeit nicht identisch sei.

Nachdem die B. V. B. die Sprache endlich wiedergefunden haben, wird es ihnen ein Leichtes sein, bei ihrem Präsidiumsmitglied anzufragen, welcher Goltz Witwen- und Waisenunterstützungsgelder als „Lantien“ eingestekt hat. In welchem Verwandtschaftsverhältnis steht diese ehrenwerte „Egellenz“ zu dem B. V. B.-Führer? Warum rückt letzterer nicht von dem Schurken öffentlich ab?

Rahenjammer in Moskau.

Als die Leiter der Deutschen Kommunistischen Partei im Moskauer Exekutivkomitee das Steuer der deutschen Partei nach links herumriffen und Befehl zum äußersten Putschismus gaben, hatten sie offenbar dieselbe Illusion, wie seinerzeit bei der Entsendung Bela Kuns. Damals wollten sie von dieser Entsendung und von den Aufträgen, die Kun erhalten hatte, nach geschwehener Tat nichts mehr wissen. Diesmal haben sie offenbar länger an ihre Illusionen geglaubt. Sie hofften nicht nur, „den General Müller ignorieren“ zu können, sie hofften auch mit einer putschistischen Minderheit die deutsche Republik über den Haufen zu rennen. Langsam, aber sicher kommt der Rahenjammer. Die Debatten des 5. Weltkongresses zeugen davon. Ein Vertreter der deutschen Delegation spricht auf dem Kongress folgende bezeichnende Sätze:

„Genosse Brandler sprach von Illusionen, die angeblich in der deutschen Partei vorhanden sein sollen. Das ist unrichtig. Brandler sagte, daß

die Wahlen zum preussischen Landtag im kommenden Frühjahr zeigen werden, daß die KPD in eine sehr schwere Lage gerät.

Wir zweifeln nicht daran, daß, wenn die jetzige Stodung andauert, die KPD möglicherweise einige Stimmen und selbst Mitglieder verlieren wird. Aber unsere Aufgabe ist es, die Partei so zu festigen, daß sie instand ist, heute den Kampf für eine noch so geringe Lehnerhöhung zu führen und morgen die Barricaden zu nehmen. So verstehen wir unsere organisatorische Arbeit in der KPD. Die letzten Ereignisse im Reichstag beweisen, daß die KPD den revolutionären Parlamentarismus richtig versteht und zu verwirklichen weiß. Und auch in Zukunft werden wir diese Taktik anwenden, die uns die Möglichkeit geben wird, bei jeder Lage das Proletariat zum Entscheidungskampf zu führen.“

Der Rahenjammer ist deutlich. Die Propaganda mit dem revolutionären Parlamentarismus“ gönnen wir im übrigen der KPD, von Herzen. Diese Propaganda ist allerdings äußerst wirksam.

Die Danziger Krise — vertagt.

Ueber die Ferien!

Danzig, 2. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Regierungskrise hat ihren vorläufigen Abschluß gefunden. Nachdem die Neubildung einer parlamentarischen Regierung aus Sozialdemokraten und Mittelparteien gescheitert war, beschloßen die bürgerlichen Parteien, vorläufig die parlamentarischen Senatoren mit der Durchführung des Gesetzes zu betrauen und die Neubildung der Regierung bis zum Abschluß eines Untersuchungsverfahrens zu verlagern, das die in Opposition stehende Wirtschaftspartei gegen deutschnationale Senatoren veranlaßt hat. Die Linke sah jedoch die Rücktrittserklärungen als endgültig an und trat gegen die parlamentarischen Senatoren in Opposition. In der Mittwochsung des Volksrats wurde jedoch, nachdem einer der unstrittigen Senatoren seinen Rücktritt erklärt hatte, ein Vertrauensvotum mit 55 gegen 46 Stimmen angenommen. Für das Vertrauensvotum stimmten die Deutschnationalen, das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und ein Teil der Wirtschaftspartei, dagegen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Polen und Deutschsozialen. Die Erweiterung der jetzigen Minderheitsregierung wird durch Aufnahme der Wirtschaftspartei nach den Parlamentsferien erfolgen und dann wird sie eine ausreichende Mehrheit haben.

Erntefest.

In den Laubentkolonien wird allenthalben zum Erntefest gerufen. Hier und da ist man der Entwicklung vorausgeeilt und hat sein Erntefest schon hinter sich. Im allgemeinen ist aber doch die Zeit des Beginns der großen Ferien die Zeit für die Feste in den Laubentkolonien.

Umfassende Vorbereitungen sind nötig, um das Fest zum guten Gelingen zu bringen. Die Kolonistenvereine haben ihre Vergnügungsausschüsse (zu deutsch: Komitees!), die in zahlreichen Sitzungen das Erforderliche besprechen und einleiten. Da ist zunächst die Musik zu bestellen, die leider oft genug noch von „Schwarzfünftlern“ ausgeführt wird, d. h. von Mitgliedern der Musik- und sonstigen musikalischen Vereine, die zwar nicht hegen können, aber den Berufsmusikern das Brot wegnehmen. Es sind Papiermützen, Schärpen, Stocklaternen und allerlei Klambim für die Kinder zu besorgen, für die ein solches Fest oft genug die einzige Veranstaltung im Jahre ist, an der sie aktiv teilnehmen können. Und wenn dann schließlich noch jedes Kolonienmitglied darauf verpflichtet worden ist, für geeigneten Auspruch seines kleinen Rittergutes zu sorgen, kann das Erntefest losgehen. Nur einer läßt sich trotz aller Betriebsamkeit des Komitees nicht zu den Vorbereitungen und Beratungen mit heranziehen: der Weitergott. Er ist schon immer ein verdammte launiger Herr gewesen und er macht sich gar nichts daraus, allen Papiergirlanden, weißen Kleidern und Lampions zum Trotz mit einer „hulche“ dazwischenzupressen. Aber wer ein richtiger Berliner ist, läßt sich durch solche kleinen Zwischenfälle nicht im Vergnügen stören. Baser hat die neue Fahne gehißt, die Kinder stecken in lustigen Sommerkleidern und haben zur Feier des Tages eine neue Haarschleife in den Zuderwasserlöcher und Mutter hat als Clou sogar Kuchen gebacken. Die Gäste erscheinen, bezahlet am Eingang zur Kolonie ihr Eintrittsgeld und bald ist unter Vorantritt der Musik ein Festzug arrangiert. Vorneweg ein Herold, oftmals hoch zu Ross, das die Brauerei oder der Fuhrherr vom Steinstrüßplatz nebenan zur Verfügung stellte, dann Ehrenjungfrauen, Schmitzer und Schmitzerinnen aus dem Erntewagen, der Festausdruck in historischen Kostümen und zum Schluß „Antel Belle mit die Kinder“. Nach Beendigung des offiziellen Teiles mit Ansprachen und Hochs auf das Gedeihen der Kolonie, verlustiert sich jeder nach seiner Fassung in der Laube. Die Jugend aber jagt auf dem Festplatz. Und am Abend leuchten dann überall die Lampions auf und die Kinder machen einen Jodelzug. Die Alten riskieren noch ein Familiemänzchen auf dem „Pariser“, und wenn die Polizeistunde das Ende des Erntefestes herbeiführt, hat schließlich der Kolonieebuditer die beste Ernte gemacht.

In neuerer Zeit haben die Siedlungskolonisten es verstanden, das allgemeine Niveau der Erntefeste zu heben. Alles Seidliche und Gewöhnliche ist ausgemerzt. Der Festzug trägt oft künstlichen Charakter, hier und da wirken die Arbeitervereine mit und um die Kinder bemühen sich unsere Arbeiterturner mit Spielen und Tänzen. Der Zug der Zeit, das Streben der Arbeiterschaft nach höherem, Besseren kommt auch in den Erntefesten zum Ausdruck.

Die Raupen sind wieder da!

Eine Gefahr für die Nadelhölzer.

Ein ungewöhnlich strenger Winter liegt hinter uns, der vieles an Vegetation vernichtet hat. Und doch ist in diesem Sommer das Ungeziefer besonders zahlreich und zu einer Plage und Gefahr geworden. Die Erklärung für diese merkwürdige Erscheinung ist wohl darin zu finden, daß es in diesem Jahre, im Gegensatz zu früheren Jahren, sehr bald warm wurde und daß die warme Witterung anhielt. In anderen Jahren aber trat nach vorübergehender Erwärmung wieder kaltes Wetter ein, namentlich an den sogenannten gestrigen Herren, und vernichtete einen großen Teil der überaus schädlichen Brut.

Vor mehreren Jahren hatte, wie man sich noch erinnern wird, der Tiergarten unter der Raupenplage sehr zu leiden. Es war eine wahre Ueberflutung mit diesen ebenso ekelhaften, wie der Vegetation schädlichen Tieren, so daß ein Spaziergang im Tiergarten fast zur Unmöglichkeit geworden war, weil die Raupen von allen Bäumen auf die Bänken fielen. Die Tiergartenverwaltung bot damals alles Mögliche auf, um der Plage Herr zu werden. Im großen und ganzen aber waren die Bemühungen erfolglos. In solchen Fällen muß die Natur sich allein helfen, und die Vögel sind die wirksamsten Raupenvertilger. Damals handelte es sich um den Goldfalter. Diesmal tritt der Eichenwickler in großen Scharen auf. In dessen, der Tiergarten ist in diesem Jahr nicht so sehr in Mitleidenschaft gezogen worden. Nur in der Nähe des Rosengartens, auf einem Terrain von etwa 20 Morgen, trat der Eichenwickler in Massen auf, während bei Potsdam Waldungen in Größe von 150 Morgen, in der Hauptsache Weißbuchen, von diesen Raupen fast gefressen worden sind. Die Verwertung dieser Raupen ist auch aus dem Grunde unmöglich, weil, im Gegensatz zum Goldfalter, die Eier nicht zu finden sind. Hier können nur die Vögel helfen. Man konnte dann auch unzählige Stare und Sperlinge beobachten, wie sie, den Schnabel voller Raupen, behaglich schmauseten. Die Gefahr durch den Eichenwickler ist jetzt vorüber. Die Raupen haben sich verpuppt, und kleine weiße, durchaus unschädliche Schmetterlinge sind ausgeflogen. Die Gefahr für die Bäume durch den Eichenwickler ist aber auch aus dem Grunde nicht so groß, weil die Laubbäume, wenn sie von den Raupen befreit sind, wieder treiben und neues Grün ansetzen.

Anderes und erster liegt die Sache bei den Fichten, die in diesem Sommer ebenfalls schwer unter der Raupenplage zu leiden haben. Hier treibt der Kiefernspinner sein Unwesen. Die Bäume aber, die von diesen Raupen kahlgefressen worden sind, gehen meistens zugrunde. Alle Versuche der Forstverwaltung, durch Anlegung von Ringen um die Bäume, sogenannte Kiebgürtel, beseitigen die Gefahr nicht.

Nicht minder groß und gefährlich ist die Raupengefahr bei den Sträuchern und beim Gemüse. Hier kann nichts anderes geschehen, als daß man in mühsamer Arbeit die Raupen abfucht und dann vernichtet.

Man schreibt uns: „Die Waldungen von Neu-Zittau bis Hangelndorf, zwischen der Spree und der Bahn, sind fast vollständig der Raupenplage zum Opfer gefallen. Einzelne Stellen der Raupenplage sind schon vor der Station Wilhelmshagen rechts und links der Bahn zu beobachten. Die Randstreifen sind oft nicht so erheblich in Mitleidenschaft gezogen, da scheinbar der vorbeistreichende Wind den Raupen unangenehm ist. Dagegen ist im Innern der Waldungen fast keine Kiefernadel mehr auf den Bäumen. Die Raupen sind in so starker Zahl aufgetreten, daß man im Innern des Waldes ständig ein leises Knistern vernahmen kann, welches allein von dem Herunterfallen des Laubes der Raupen herührt. Die einzige Schädlingbekämpfung, die zu beobachten war, wird durch die Ameisen erfüllt. Die um die Bäume herumgelegten Teerringe, die schuppigweise $\frac{1}{2}$ bis 1 Jahr alt sein können, behindern die Raupen nicht im geringsten. Die Laubbäume sind bis jetzt so gut wie verschont geblieben, ebenso eigentümlicherweise auch die Kiefernkonen.“

Da den Bäumen durch das Fehlen der Nadeln wahrscheinlich jede Atmungsöglichkeit genommen ist, müssen sie unweigerlich erstarben. Wenn das Holz einen Wert behalten soll, sei es als Nutz- oder Brennholz, so müssen die Bäume gefällt werden, bevor sie vollständig abgestorben sind. Bei den quadratmetrischen großen Gebieten, die in Frage kommen sollen — nämlich der Spree angeblich bis Lübben — erscheint es allein unmöglich, das Holz zu retten, da man bezweifeln möchte, daß diese Waldungen in verhältnismäßig kurzer

Zeit gefällt werden können. Von dieser Frage abgesehen, erscheint es für Berlin geradezu als eine erschütternde Katastrophe dadurch, daß gewaltige Teile mit den schönsten Waldungen für die Zeit einer Generation verloren gehen sollen. Was wird getan, um die Gefahr einzudämmen, d. h. der weiteren Ausbreitung der Raupenplage entgegenzuwirken und was gebieten unsere Genossen — Landrat Kähler und Mitglieder des Landtags — in dieser Angelegenheit zu veranlassen. Aus den angeführten Tatsachen dürfte sich wohl ein genügender Grund ergeben, um bei den in Frage kommenden Wissenschaftlern die notwendigen Auskünfte einzuholen.

Ein Notschrei der Hilflosen.

Der Zentralverband der Invaliden und Witwen Deutschlands schreibt uns: Die Not der Invaliden, der Unfallrentner und der anderen durch körperliche Leiden in wirtschaftliche Not Geratenen ist uns Ungemeinere gestiegen. Die Verpflichtung des Staates, für seine schwachen Glieder zum mindesten so weit zu sorgen, daß ihnen eine bescheidene Lebensmöglichkeit gesichert wird, darf nicht übersehen werden. Dieser Verpflichtung ist leider nicht in ausreichendem Maße Rechnung getragen. Wenn 1 400 000 Invaliden, 200 000 erwerbsunfähige Witwen und mehr als 100 000 Waisen aus der Invalidenversicherung 13 M. resp. 9 M. und 6 M. monatliche Rente erhalten, so bedeutet das doch, diese Personen in jämmerlicher Not zu lassen. Die bisher durch die Gemeinden gegebene Notstandsunterstützung ist jetzt seit dem 1. April ganz auf die Länder und Gemeinden abgewälzt. Während vor dem 1. April etwa 20 M. monatliche Unterstützung gezahlt wurde, ist jetzt Regellostheit eingetreten. Viele Gemeinden zahlen überhaupt nicht mehr, andere glauben mit 2, 3 oder 4 M. ihrer Verpflichtung den Invaliden gegenüber gerecht geworden zu sein, und nur vereinzelte Gemeinden zahlen Monatsätze, die an 20 M. heranreichen. Die Unfallrentner werden von der Notstandsunterstützung überhaupt nicht erfaßt. Sie bekommen Renten, die weit unter dem Friedensniveau liegen. Geradezu trotzig müssen sich die Hunderttausende von rentenlosen Bedürftigen mit ihren Armenunterstützungen durch das Leben schlagen. Mancher von ihnen hat bereits keinem qualvollen Leben ein vorzeitiges Ende bereitet. Der Zentralverband hat der Regierung und dem Reichstag erneut seine Forderungen unterbreitet, Forderungen ganz bescheidener Natur, aber um so unerlässlicher. Der Reichstag hat am 25. Juni eine Reihe Parteianträge nach längerer Debatte einem Ausschuss überwiesen. Dieser Ausschuss will am 8. Juli seine Arbeiten beginnen. Mögen die Mitglieder des Ausschusses und die Regierung sich bewußt sein, was von ihren Beschlüssen abhängt: Millionen Notleidender erwarten Hilfe.

Der Dachstuhlbrand am Lehrter Bahnhof.

Wie wir in unserer heutigen Morgenausgabe kurz berichteten, brach gestern abend gegen 10 Uhr auf dem Grundstück Lehrter Straße 6-8 Großfeuer aus. Als die ersten Züge unter Leitung des Oberbranddirektors Kempf anrückten, stand der Dachstuhl des Häuserkomplexes 6-8 in heißen Flammen. Aus den Ruf „Großfeuer“ eilten 11 Löschzüge zur Brandstelle. Ein Feuerwehrmann hat eine starke Rauchvergiftung davongetragen und mußte nach dem Krankenhaus Raabitz gebracht werden. Dabei konnte der Rettungswagen nicht verwandt werden, weil die beiden Sanitäter damit beschäftigt waren, sich das Feuer anzusehen und ihren Bogen im Stich ließen. Die Arbeiten wurden durch die starke Qualmwirkung sehr erschwert. Das Feuer scheint wohl rechtzeitig bemerkt worden zu sein, aber der ganze Gebäudekomplex ist nur durch zwei Brandmauern geschützt, die nicht einmal bis zum Dach hinaufgingen. Bei dem ersten Eingreifen der Wehr stürzte ein Ende der Treppen des Dachgeschosses zusammen. Glücklicherweise waren schon einige Rohre vorgelegt und die eingeschlossenen Feuerwehrleute konnten so außer Gefahr bleiben. Nach mehrstündiger Tätigkeit erst war die Gewalt des Feuers gebrochen. Es wurden noch weitere Löschzüge aus Charlottenburg zur Brandstelle beordert. Die Aufräumarbeiten fanden unter der Leitung des Baurats Weyer vom Zuge 23 statt und dauerten bis in die heutigen Vormittagsstunden. Die Entstehungsurache des Feuers ist immer noch unbekannt, es wird jedoch Brandstiftung vermutet.

Ohne Zopf, alles um den Bubenkopf.

Die Fräuleins, die wir jetzt mit neckisch kurzgeschnittem Lockenhaupt oder pagengleich frisiert durch die Straßen pilgern, leben können, müssen oft die verwickeltesten Sachen anstellen, um zu diesem Ziel zu gelangen. Da beschäftigte vor kurzem ein angeblicher Ueberfall die Kriminalpolizei. Eine Kontoristin aus Rosenthal zeigte in der vergangenen Woche an, daß sie auf einem Abendspaziergang in Wilhelmstraße von einem unbekanntem Manne überfallen worden sei. Der Ueberfall habe ohne Zweifel die Absicht gehabt, sie zu vergewaltigen und sie auch bereits zu Boden gerissen. Ihr Hund, den sie auf den Spaziergang mitgenommen hatte, habe sie gerettet, indem er den Angreifer in die Flucht schlug. Vorher habe ihr aber der böse Mann (ausgerechnet) den Zopf abge schnitten. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei erregten Zweifel, und das Mädchen gestand jetzt, den ganzen Ueberfall erdichtet zu haben, weil die Eltern nicht zugeben wollten, daß sie einen Bubenkopf trage. Das Mädchen schnitt sich den Zopf selbst ab, um durch den vorgetäuschten Ueberfall doch noch zum Ziel seiner heftigsten Wünsche zu gelangen.

Öffentliche Lebung der Arbeiter-Samariter. Damit sich die Öffentlichkeit erneut von dem Können der Arbeiter-Samariter überzeugen kann, veranstaltet der erste Bezirk eine öffentliche Lebung auf dem Gelände Tegele-Tegele Fließ (hinter dem alten Bahndamm) am Sonntag, den 6. Juli nachmittags 2 Uhr. Eintrittsgeld wird nicht erhoben.

Die Linie 93 verkehrt im Westen während des Reiseverkehrs morgens eine Stunde früher als bisher.

Ein Preisausschreiben für Unfallverhütung durch eindringliche Bilder, die in den Betrieben angebracht werden sollen, wird von der Reichsarbeitsverwaltung erlassen. Die Bedingungen des Preisausschreibens werden alsbald veröffentlicht werden.

Die organisierten ungarischen Sozialdemokraten werden gebeten, das zur Verteilung gelangende Heft (8 kg pro Kopf der Familie) am Sonnabend von 4-6 Uhr beim Gen. Alexander Rib, Georgenstraße 27, abzuholen. Packmaterial mitbringen.

Das Museum für Meereskunde ist im Juli geöffnet: am Mittwoch und Sonntag von 11-3 Uhr unentgeltlich, am Montag von 9-3 Uhr und am Sonnabend von 11-3 Uhr gegen ein Eintrittsgeld von 30 Goldpfennigen. Am Dienstag um 1 Uhr finden Führungen durch wissenschaftliche Beamte des Museums statt. Teilnehmerkarte (einschl. Eintrittsgeld 80 Goldpfennige). Am Donnerstag und Freitag ist das Museum geschlossen. Schulklassen unter Führung einer Lehrperson haben nur am Montag von 9-3 Uhr Zutritt gegen 10 Goldpfennige pro Schüler oder Schülerin.

Amsterdam-Hamburg in 2 Stunden. Der Flugzeugführer Baberul stellte eine Höchstleistung auf, indem er die Strecke Amsterdam-Hamburg in zwei Stunden drei Minuten zurücklegte.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend: Meist bewölkt mit leichten Regenschauern und frischen südwestlichen Winden. Etwas kühler.

Deutschland: In ganz Deutschland unbeständiges Wetter mit einzelnen Regenschauern. Etwa weiche Gewitter; Temperaturen mittlerer Höhe.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

5. Kreis Friedrichshain. Die für Freitag angelegte Kreismitgliederversammlung findet umständlicher am Freitag, den 4. Juli, nicht statt. Tag und Lokal wird noch bekanntgegeben.

11. St. Wollschloß. Sonnabend, 3. Juli, abends 8 Uhr, bei Heimann, Wollschloß, Straße, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Richtiger Schwarz-Rot-Gold“.

Gewerkschaftsbewegung

Was ist's mit dem Heimarbeiterchutz?

Mit der Schaffung des Heimarbeiterlohngesetzes vom 30. Juni 1923 glaubten die bürgerlichen Parteien des Reichstages ihr Gewissen in der Heimarbeiterfrage beruhigt zu haben. Das Gesetz sieht nunmehr ein Jahr, wirkliche Hilfe hat es den Heimarbeitern jedoch bis zur Stunde noch nicht gebracht. Inzwischen sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Heimarbeiter geradezu skandalös geworden. Zahllose Frauen, die im letzten Halbjahr erwerbslos geworden sind, arbeiten wieder als Heimarbeiter. Ihr Arbeitsverdienst ist nicht selten niedriger als die Erwerbslosenunterstützung. In der Heimarbeit werden weder Löhne noch Stundenlöhne bezahlt; es erfolgt nur Bezahlung nach Stück. Der Willkür ist Tür und Tor geöffnet. Die Hochschüsse, die das Heimarbeiterlohngesetz vorsieht, können wohl Löhne festsetzen und für verbindlich erklären, wenn die Tarifinstanzen zu keinem Ergebnis kommen. Aber bisher konnten die Hochschüsse praktische Arbeit kaum leisten, weil für sie Mittel nicht zur Verfügung standen. Preußen erklärt jetzt, daß die Mittel für die Ausschüsse endlich vorhanden sind.

Wir fürchten, daß auch die Lohnfestsetzung durch die Hochschüsse den Heimarbeitern noch nicht zu ihrem Recht verhilft. Es gilt deshalb, überall, wo Heimarbeit betrieben wird, immer wieder die Öffentlichkeit aufzurütteln und mit Hilfe eines moralischen Drucks dafür zu sorgen, daß die festgesetzten Löhne von den Unternehmern auch wirklich gezahlt werden. Vor allem aber ist Voraussetzung eines wirklichen Heimarbeiterchutzes die restlose Organisation der Heimarbeiter.

Internationale Arbeitskonferenz.

Genf, 2. Juli. (W.F.B.) Die Internationale Arbeitskonferenz schloß am Dienstag unter dem Vorsitz von Branding die Aussprache über die Resolution der Kommission für die Arbeitslosenfrage ab. Der schweizerische Arbeiterdelegierte Schürch führte aus, daß die mangelnde Stabilisierung des Geldes einen großen Einfluß auf die Arbeitslosigkeit habe. Er wünschte, daß die internationale Arbeitsorganisation zu einer gemeinsamen und internationalen Prüfung und Regelung der Geldverhältnisse die Initiative ergreife, da Kollektivmaßnahmen auf diesem Gebiet für die Verminderung der Arbeitslosigkeit von unerschöpflichen Folgen sein könnten. Schürch schlug deshalb folgenden Zusatzantrag zur Resolution der Kommission vor: „Die Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes werden eingeladen, die notwendigen Schritte beim Völkerbund zu unternehmen, um eine allgemeine und internationale Stabilisierung des Geldmarktes zu erreichen.“ Sowohl der Berichterstatter der Kommission, Hübs zu Wies, sowie verschiedene andere Redner wie Tom Moore-Kanada, bezweifelten die Befähigung und die Wirksamkeit des Arguments von Schürch. Schließlich zog Schürch seinen Zusatzantrag zurück. Nachdem noch ein anderer Delegierter einen eingebrachten Antrag zurückgezogen hatte, nahm die Konferenz einstimmig die von der Arbeitslosenkommission vorgeschlagene Resolution an, womit dieser Punkt der Tagesordnung der Konferenz erledigt ist. Die von der Kommission vorgeschlagene Resolution empfiehlt allen Regierungen, Denkschriften über das Problem der Arbeitslosigkeit auszuarbeiten, in denen sie auch Vorschläge über die Heilmittel machen sollen.

Der Skandal der Beamtenbefoldung.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund hatte am Dienstag zwei Protestversammlungen einberufen, in denen die Beamten gegen die neueste Befoldungsregelung des Reichsfinanzministeriums und des Haushaltsausschusses des Reichstages Stellung nahmen. Im überfüllten Riesensaal der Brauerei Königstadt referierten Kunze vom Vorstand des ADB und Scharfshwerdt von der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten. Kunze führte aus: Der ADB hat sich nicht nur damit begnügt, Protestversammlungen gegen das Nachwerk der Regierung, „Befoldungsreform“ genannt, zu veranstalten, sondern hat auch versucht, die Bewegung mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu Ende zu führen. Es wurde eine Denkschrift an die Regierung geschickt, der sich alle Beamtenorganisationen angeschlossen, mit Ausnahme des Reichsverbandes der höheren Beamten, von dem allerdings nichts anderes zu erwarten war da ja seine Mitglieder in der bekannten Weise bei der Gehaltsaufbesserung bevorzugt wurden. Der ADB machte darauf den Vorstoß, gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) im ganzen Reich Protestversammlungen zu arrangieren, die der Vorbereitung einer Urabstimmung unter den Beamten über die Gehaltserhöhungen dienen sollten. Von der Anwendung dieses gewerkschaftlichen Mittels wollte aber der DGB nichts wissen, ja er verbot seinen Mitgliedern sogar, an den Versammlungen teilzunehmen. Der DGB, dem leider noch die Mehrzahl der Beamten nachhängt, hatte damit bewiesen, daß es ihm auf eine energische, gewerkschaftliche Vertretung der Beamten nicht ankommt. Es ist aber festzuhalten, daß die Versammlungen des ADB zu einem erheblichen Teil von Mitgliedern des DGB besucht waren, die erfreulicherweise die Haltung des DGB verurteilten und sich hinter den ADB stellten. Im Reichstag waren sich alle Parteien darüber einig, daß den unteren Beamtengruppen geholfen werden müsse. Als dann aber im Haushaltsausschuß die entscheidenden Abstimmungen erfolgten, kam eine Neuregelung zustande, die einer Verhöhnung dieser Gruppen gleichkommt. Die bürgerlichen Parteien konnten sich nicht entschließen, den Beamten auch nur geringere auskömmliche Gehälter zu bewilligen, sondern man beschloß, die von der Reichsregierung zur Verfügung gestellten 71 Millionen auf die unteren Gruppen zu verteilen. Der Redner behandelte die Anträge der einzelnen Parteien ausführlich und erwähnte besonders den Antrag der Sozialdemokraten, der der Regierung das Recht der selbständigen Befoldungsregelung entziehen wollte. Aber auch dieser Antrag wurde niedergestimmt. Die Beamten schloßen sich auch jetzt noch dem Antrag der DGB-Fraktion an.

Nach den Beschlüssen des Haushaltsausschusses würden beispielsweise die Gruppen 2, 3 und 4 eine Gehalts„erhöhung“ von monatlich etwa 2 Mk. erhalten. In den nächsten Gruppen beträgt die Aufbesserung 2 bis 8 Mk. im Monat. Die Anfangsgehaltsstufen der Gruppen 1 bis 6 wie auch die Diätäre gehen vollkommen leer aus, also gerade die Gruppen, denen eine Gehaltsaufbesserung am meisten not tut. In seinen weiteren Ausführungen erklärte Kunze, daß sich der ADB nur durch die disziplinarischen Folgen für die Beamten davon abhalten lassen, den Beamten zu empfehlen, diese Beispiesumme überhaupt nicht erst anzunehmen. (Stürmischer Beifall; Rufe: „Die Geheimräte des Reichsfinanzministers sollen sie sich auch noch in die Tasche stecken!“) Der ADB hat es abgelehnt, sich an den Beratungen über die Verteilung der 71 Millionen zu beteiligen. Es ist bedauerlich, daß auch jetzt noch die größte Beamtenorganisation, der DGB, nichts für die Besserstellung der Beamten unternimmt.

Wollte der ADB allein die Beamten zum Kampf aufrufen, würden nur wieder gerade die aufrechten, gewerkschaftlich geschulten Beamten dem Abbau zum Opfer fallen. Daraus ergibt sich, daß alle Beamten dem ADB ihre Unterstützung geben müssen, der allein nur auf gewerkschaftlicher Grundlage die Interessen der Beamenschaft vertritt. Aus dem ganzen Befoldungsstandal ergeben sich folgende Forderungen: Das Erniedrigungsgesetz, das der Regierung das alleinige Recht zur Befoldungsregelung gibt, ist zu Fall zu bringen. Der Reichstag muß eine neue Befoldungsreform auf gesünderer sozialer Grundlage beschließen. Das Höchstbefoldungsdiensaltar muß früher erreichbar sein. Stürmischer Beifall folgte dem Referat.

Als nächster Redner rechnete Scharfshwerdt mit der Saumlage der Beamten ab, die es nicht verstanden hätten, aus dem bisherigen Verhalten der Regierung die Schlussfolgerungen zu ziehen. Den Beamten ist von den anderen Beamtenorganisationen immer Honig um den Mund geschmiert worden, wenn sie sie brauchten, später blieb dann aber alles beim alten. Für die Beurteilung, die die untere Beamenschaft von den Behörden erfährt, ist ein Bescheid des Präsidenten des Bezirks Altona bezeichnend, der sich zu den Auswirkungen der Personalveränderungen bei der Umwandlung der Eisenbahn in eine Aktiengesellschaft äußern sollte. Der Herr berichtete, daß die Beamten der Gruppen 10 bis 13 vor Empörung nicht zu halten seien und daß das Schlimmste zu befürchten sei. Die Gruppen 9 und 10 seien auch aufgeregt; es bestände aber die Aussicht, sie mit disziplinarischen Maßnahmen zur Raison zu bringen. Die unteren Gruppen wären durch den Abbau so eingeschüchtern, daß keinerlei Beförderungen für ihr Wohlbefinden beständen. Scharfshwerdt ging in seinen weiteren Ausführungen auf die besonderen Verhältnisse der Eisenbahner ein und betonte, daß die Beamten bei der Umwandlung nicht viel zu erwarten haben. Nur für die zukünftigen Befoldungsregelungen hat sich die Regierung ein Einspruchsrecht gesichert, wahrscheinlich um eine gerechte Aufbesserung verhindern zu können. Die Beamten müßten sich darüber klar werden, daß nur durch engsten organisatorischen Zusammenschluß für die Beamten etwas zu erreichen ist.

Nach einer ausgedehnten Aussprache, in der die Redner das ganze Elend der Beamenschaft darlegten, wurden mehrere Entschlüsse angenommen, von denen eine verlangt, daß der ADB eine genaue Darstellung der Auswirkungen der Befoldungsregelung der Presse übermitteln soll. Eine weitere einstimmig angenommene Entschlußfassung lautet folgendes:

„Die in der Brauerei Königstadt zu Tausenden versammelten Berliner Beamten lehnen die von der Regierung gewährten Beihilfen als eine Verhöhnung der Not der unteren und mittleren Beamten mit Entrüstung ab. Diese Verhöhnung ist nur möglich geworden, nachdem der DGB durch Verweigerung einer mit dem ADB gemeinsamen durchzuführenden Urabstimmung es aufgegeben hat, für die Interessen der unteren und mittleren Beamten einzutreten. Damit der ADB künftig allein zur Aktion schreiten kann, fordert die Versammlung alle Berliner Kollegen auf, in die Reihen der ADB-Verbände einzutreten und sie aktionsfähig auszubauen.“

Aus dem Malerverband.

Aus der Berliner Jahreshalle des Malerverbandes wird uns geschrieben: „In einem für jeden Gewerkschafter sehr beachtenswerten Artikel hat der „Vorwärts“ zur Beitragsfrage der Gewerkschaften Stellung genommen. Im Verband der Maler hat die K.P.D.-Fraktion systematisch jede Beitragserhöhung bekämpft. Auch gegenwärtig wird überall auf dem Arbeitsfeld vor den K.P.D.-Genossen Propaganda für den Chemnitzer Verband gemacht mit der ausdrücklichen Begründung, daß dort ein niedrigerer Beitrag erhoben wird. Man verschweigt, daß auch Unterhaltungen, gleichgültig ob bei Streiks oder Aussperrungen, natürlich nur auf dem Papier stehen. Die „Kaisergarde“ sammelt buchstäblich für Bonzen und weil im Baugewerbe es nicht genug Dumme gibt, die diesen Wortentwässerungen die Geißel anvertrauen sollen die K.P.D.-Mitglieder des Malerberufes das Sammelbecken füllen helfen.“

In Oppositionsversammlungen schreit man über Ausschluß aus dem Malerverband. Fest steht, daß die Fraktion der K.P.D. sich selbst ausgeschlossen hat, indem sie die Parole befolgte, keine Beiträge zu bezahlen. Wenn dann die Streichung erfolgt, schreit man über den „Verrat“. Der Organisation haben diese Saboteure der Arbeiterbewegung wenig Schaden zugefügt, denn die letzten Mitgliederversammlungen haben wieder positive, praktische Gewerkschaftsarbeit leisten können, was die bekannnten Maler, durch die die Mitglieder vergrault worden sind, jetzt nicht mehr aufgezogen werden. In einer Mitgliederversammlung am Freitag dieser Woche im Gewerkschaftshaus werden die Kollegen erneut dazu Stellung nehmen und Lärm, Arbeitsnachweis und sonstige Berufsfragen ausgiebig erörtern. Das Fehlen der Kapedisten wird doppelt weitmacht durch jene Mitglieder, die nachdem die Lumultoversammlungen erledigt, sich wieder zu unserer Mitgliederversammlung hingezogen fühlen. Seitdem wieder Berufsfragen in den Mitgliederversammlungen erörtert werden, hat sich die Zahl der Besucher ständig erhöht.

Es wird Aufgabe aller Kollegen sein, für einen Massenbesuch am Freitag Sorge zu tragen. So haben die Chemnitzer ungewollt zur Stärkung unserer Organisation beigetragen.“

Aus dem Versicherungsgewerbe.

Die Gehaltsbestimmungen des Reichsstarifvertrages für das Versicherungsgewerbe, die in keiner Weise als angemessen bezeichnet werden können, sind vom Zentralverband der Angestellten und den übrigen am Reichsstarifvertrag beteiligten Angestelltenverbänden zum 31. Juli 1924 gekündigt worden.

Die englische Bauarbeiterausperrung verlagert.

London, 3. Juli. (W.F.B.) Der Arbeitsminister hat einen Untersuchungsausschuß eingesetzt, der die Streitigkeiten im Baugewerbe prüfen soll. Die Arbeitgeber des Baugewerbes beschloßen, die Bekanntmachung der Aussperrung um eine Woche zu verschieben, um das Ergebnis der amtlichen Untersuchung abzuwarten.

Aus Poinisch-Oberschlesien wird berichtet, daß der Arbeitgeberverband seinen Angestellten nur 50 Proz. des Junigehalts gezahlt habe. Der Rest soll gezahlt werden, sobald die Werke hierzu in der Lage seien. — Die Entratschütte hat sämtliche Angestellten und Beamten gekündigt. — Die in Königschütte eingetroffenen polnischen Regierungsvertreter haben die ersten Verhandlungen mit den Arbeitnehmervertretern geführt. Einige Gewerkschaftsvertreter lehnten die gewünschten Auskünfte unter dem Hinweis ab, daß sie bereits öfter über die Lage in Oberschlesien berichtet hätten, die Regierung aber niemals Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise getroffen habe.

Wirtschaft

Das Krisenbild im Lichte der Konurse.

Die Konkursstatistik zeigt als Folge der wirtschaftlichen Krise eine scharf aufsteigende Linie der Konkurse in Deutschland. Die bisher nur von privater Seite vorliegenden Aufstellungen für den Monat Juni und damit für das erste Halbjahr ergeben, daß die Zahl der Konkurse vom Januar bis Juni von 28 auf 595 gestiegen ist. Diese starke Zunahme der Konkurse erscheint allerdings in einem anderen Lichte, wenn man berücksichtigt, daß vor dem Kriege monatlich rund 750 Konkurse die Regel waren, daß also auch im Juni der Vorkriegsstand noch nicht erreicht worden ist. Man wird aber berücksichtigen müssen, daß außerdem noch eine Anzahl von Geschäftsausschüßen verhängt ist, die teilweise gleichfalls zu Konkursen führen dürften. Im „Reichsanzeiger“ sind davon nicht weniger als 1242 veröffentlicht worden, sicherlich auch nur ein Teil der gesamten schwebenden Verfahren.

Befonders stark ist die Zunahme der Konkurse, wenn man die einzelnen Vierteljahre miteinander vergleicht. Im vierten Vierteljahr 1923 waren nach der Statistik der „Bank“ 37, im ersten Vierteljahr d. J. 132 und im vergangenen Quartal 1034 Konkurse eröffnet worden.

Neben der Liquidation unwirtschaftlicher Unternehmungen durch Konkurse und Geschäftsausschüßen vollzieht sich die Umstellung der Wirtschaft unter dem Druck der Kreditnot und des Abwärmangels in vielen Fällen noch auf andere Weise. Unternehmungen wechseln den Besitzer und gehen in anderen Konzernen auf, andere wieder geben die Produktion auf und veräußern die Produktionsmittel, Rohstoffe und Fertigwaren, ohne daß es zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung zwischen Gläubiger und Schuldner kommt. Für die Beurteilung der Konkursbewegung sind derartige stille Liquidationen jedoch kaum von Belang, da sie auch in normalen Vorkriegszeiten nicht selten waren, ebenfalls ohne damals von der Statistik erfasst zu werden.

So hat in zahlreichen Fällen zwangsweise Liquidation von Unternehmungen für die darin beschäftigten Arbeiter ist, es bietet sich leider keine andere Möglichkeit, auf andere Weise die Bereinigung der Wirtschaft von den ungesunden Neugründungen der Inflationszeit herbeizuführen, die dank der verfehlten, durch die Haltung der bürgerlichen Parteien verursachten Währungs- und Wirtschaftspolitik entstehen konnten und oft mehr eine Belastung als eine Steigerung der Wirtschaftskraft bedeuten. Man muß bei diesem Anlaß immer wieder darauf hinweisen, wie sehr das Bürgertum in einem weit über das Ziel hinausgehenden Streben nach freier Entfaltung der Wirtschaftskräfte jene Anarchie und Spekulation gefördert und künstlich eine Hochkonjunktur entfaltet hat, die sich in gefunden Wirtschaftsverhältnissen nicht aufrechterhalten läßt. Die ungesunde Hochkonjunktur der Inflation muß jetzt liquidiert werden und die Arbeiter und Festbesoldeten, die schon von der Geldentwertung so außerordentlich schwer betroffen worden, werden nun wieder zu Opfern der Stabilisierungskrise. Die ganze Entwicklung hätte nicht diese katastrophale Form annehmen können, wenn man sich eben entsprechend den sozialistischen Forderungen von früher zu einer wirklichen Bekämpfung der Inflation entschlossen hätte. Jetzt fällt den Organen der Wirtschaftsführung die Aufgabe zu, die gefährlichen sozialen Wirkungen der Krise zu mildern und die Umstellung zu billiger Produktion zu beschleunigen, damit bald wieder eine Belebung der Geschäftstätigkeit erfolgen kann. Viel hängt dabei von der raschen Lösung der Reparationsfrage mit der Durchführung des Dawes-Vertrages ab, die mit der Erschließung ausländischer Kredite und mit der Schaffung der echten Goldwährung die Voraussetzungen zu einer Wiederbelebung der Wirtschaft bringt.

Vorverhandlungen über den österreichisch-deutschen Handelsvertrag. Die deutsche Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Österreich hat sich nach Prag begeben, um mit der dort weilenden österreichischen Delegation eine Reihe von Fragen dieses Vertrages zu erörtern. Voraussichtlich wird in Prag auch mit der tschechoslowakischen Regierung über einige wirtschaftliche Spezialfragen verhandelt werden.

Beantwortlich für Politik: Eva R. Reuter; Wirtschaft: Ernst Selernus; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Eckert; Revolution: Dr. John Schönbauer; Sozialismus und Sozialpolitik: Fritz Kersch; Wissenschaft: Th. Glöde; Familie in Berlin: Berlog; Vorwärts-Berlog G. m. b. H., Berlin. Druck: Formdruks-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

SOEBEN ERSCHEIN HEFT 4

Die Gesellschaft

INTERNATIONALE REVUE FÜR SOZIALISMUS UND POLITIK

Herausgegeben von Dr. Rudolf Hilferding

AUS DEM INHALT:

Prof. Friedrich Meinecke: Machtpolitik und Staatsräson einst und jetzt / Morris Hillquit - New York: Aufgaben und Ausichten des amerikanischen Sozialismus / P. Veiland: Revolution und Militärtechnik / Karl Kautsky: Lassalle und die Gräfin Hatzfeld

M. 1.20 das Heft

Zu beziehen durch: J. H. W. Dietz Nachf., Berlin, Lindenstraße 2, Laden

Trotz unseren enorm billigen Preisen

gewähren wir vom Freitag, den 4. Juli bis Montag, den 14. Juli

10% Rabatt

in bar auf sämtliche Glas-, Porzellan- und Wirtschafts-Artikel

Walter Michelson G.m. Neu-kölln, Bergstrasse 44/45